

# Interpellation SGSS und Antwort des Bundes

Die Schweizerische Gesellschaft zum Studium des Schmerzes (SGSS) hatte am 6. Oktober 2005 durch die Nationalräte Prof. Dr. med. Felix Gutzwiller und Prof. Dr. med. Franco Cavalli eine Interpellation eingereicht.

## Interpellation der SGSS anlässlich der European Week Against Pain Chronischer Schmerz verursacht hohe Kosten für den Staat

Die Schweizerische Gesellschaft zum Studium des Schmerzes (SGSS) hatte am **6. Oktober 2005** durch die Nationalräte Prof. Dr. med. Felix Gutzwiller und Prof. Dr. med. Franco Cavalli eine Interpellation eingereicht. Darin macht die SGSS den Bundesrat auf die steigende Zahl chronischer Schmerzpatienten aufmerksam. Die SGSS sieht Handlungsbedarf und hat darum den Bundesrat anfragt, wie er gedenkt, den steigenden Kosten für die Diagnose und die Behandlung von chronischem Schmerz entgegen zu treten. Die Interpellation wurde im Rahmen der *European Week Against Pain* eingereicht. Diese fand vom 17. bis 22. Oktober 2005 statt. Ziel der SGSS ist, dass chronischer Schmerz auch in der Schweiz - wie bereits von weltweit renommierten Fachpersonen befürwortet - als eigenständige Krankheit anerkannt wird.

## Interpellation und Antwort

### Interpellation der SGSS:

Die Gesamtkosten, die dem Staat aufgrund von chronischem Schmerz entstehen, belaufen sich nach Experten auf eine Höhe, die der Kosten für Krebs- und Herz/Kreislaufkrankungen entspricht. Kurz- und längerfristige Arbeitsausfälle, Einkommensverluste und finanzielle Belastungen strapazieren zunehmend unser Sozialsystem. Chronischer Schmerz zählt zu den häufigsten Gründen, Ärzte zu konsultieren. Deshalb ist eine professionelle Schmerzdiagnostik und -therapie auch Aufgabe jedes einzelnen Arztes. Nur wenn Schmerz frühzeitig behandelt wird, besteht die Möglichkeit, die Chronifizierung mit all ihren Folgen für den Patienten, sein Umfeld, die Gesellschaft und den Staat zu verhindern. Studien (z. B. Pain in Europe Survey 2003) belegen, dass chronischer Schmerz in der Schweiz und in ganz Europa ein erhebliches gesundheitspolitisches Problem darstellt.

- 1. Schliesst der Bundesrat aus der Tatsache, dass 16 Prozent der Schweizer Bevölkerung an chronischen Schmerzen leiden, es bestehe gesundheitspolitischer Handlungsbedarf?
- 2. Gedenkt der Bundesrat, den zunehmenden Patientenzahlen und der daraus resultierenden Kostensteigerung für die Diagnose und Behandlung von chronischem Schmerz entgegen zu treten?
- 3. Wie stellt sich der Bundesrat zum Vorschlag (die Schweizerische Gesellschaft zum Studium des Schmerzes - SGSS - beantragt Zertifizierung von Fachärzten bei der FMH), die Studierenden an den medizinischen Fakultäten in Zukunft auch in der Diagnostik und Therapie des chronischen Schmerzes aus- und fortzubilden? Die SGSS ist die wissenschaftliche Schmerzgesellschaft in der Schweiz. Als Mitglied der europäischen Vereinigung der international tätigen Gesellschaften EFIC (European Federation of International Association for Study of Pain Chapters) führt sie im Oktober 2005 zum fünften Mal die European Week Against pain durch. Ziel dieser internationalen Aktionswoche sind Einstellungsveränderungen, die erforderlich sind, damit der chronische Schmerz und damit verbundene Aspekte die gebührende Aufmerksamkeit erhalten. Angesprochen werden medizinische Fachpersonen, Politiker, Patienten und die breite Öffentlichkeit.

### Antwort des Bundesrates vom 23. November 2005

Der Bundesrat teilt die vom Interpellanten geltend gemachten Feststellungen zu den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen chronischer Schmerzen sowie die für die Betroffenen resultierende Einbusse an Lebensqualität, das Risiko von Frühinvalidisierung und gesellschaftlicher Marginalisierung.

- 1. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass das heutige Gesundheitsversorgungssystem und seine Finanzierungsmechanismen eine adäquate Behandlung und Betreuung von Patienten mit chronischen Schmerzen ermöglicht. Seines Erachtens besteht deshalb kein akuter gesundheitspolitischer Handlungsbedarf, zumal er - wie unten zu Frage 2 aufgeführt - bereits Massnahmen zum besseren Umgang mit dieser Herausforderung für das Gesundheitswesen ergriffen hat.
- 2. Unter Berücksichtigung der aktuellen Kompetenzaufteilung im Gesundheitsbereich hat der Bund bereits Massnahmen zur besseren Bewältigung des Problems der chronischen Schmerzen ergriffen. So wurde im Januar 2003 das nationale Forschungsprogramm *Muskuloskeletale Gesundheit und chronische Schmerzen* (NFP 53) mit einem Budget von 12 Millionen Franken bewilligt, wovon ein Förderanteil von 3 Millionen Franken für die Forschungen betreffend chronische Schmerzen reserviert ist. Die Forschungsarbeiten sind in der Zwischenzeit weit fortgeschritten. Anlässlich einer Standortbeurteilung wird die Leitungsgruppe Ende 2005 die in der Bewilligung ausdrücklich geforderte Umsetzungsorientierung überprüfen und auf den Abschluss hin verstärken. Im Weiteren ist die Frage der zukünftigen Regelung der Prävention nicht übertragbarer, chronischer Krankheiten, welche eine der wichtigsten Ursachen chronischer Schmerzen darstellen, ein Bestandteil der vom Eidgenössischen Departement des Innern initiierten Überprüfung der Prävention und Gesundheitsförderung sowie deren aktuelle gesetzliche Regelung (vgl. dazu die Stellungnahme des Bundesrates zum Postulat SGK-SR 05.3230 und Humbel Näf 05.3161). Zu einer Verbesserung der Behandlung und Betreuung von Patienten mit chronischen Schmerzen wird auch eine Förderung der integrierten Versorgung beitragen, wie sie der Bundesrat in der Botschaft betreffend die Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Managed Care) vom 15. September 2004 (04.062) vorschlägt.
- 3. Angesichts der demographischen Entwicklung und der damit verbundenen Zunahme chronischer Krankheiten werden in der Medizin die Krankheitsbegleitung und die Schmerzlinderung neben der Behandlung und der Heilung an Bedeutung gewinnen. Es ist deshalb notwendig, dass die Studierenden an den medizinischen Fakultäten in Zukunft vermehrt in der Diagnostik und Therapie des chronischen Schmerzes ausgebildet werden und befähigt werden, Patientinnen und Patienten und ihre Angehörigen ganzheitlich zu begleiten und zu betreuen. Der von der Schweizerischen Medizinischen Interfakultätskommission (SMIFK) und den Fakultäten verbindlich erklärte Schweizerische Lernzielkatalog für die Ausbildung thematisiert die Diagnostik und Therapie chronischer Schmerzen aus der Sicht der einzelnen Krankheitsbilder. Dieser fragmentierte Blick ist aus heutiger Sicht ungenügend. Das Bundesamt für Gesundheit vereinbarte deshalb mit der SMIFK, dass das Ausbildungsziel betreffend chronische Schmerzen im Zuge der aktuellen Revision des Lernzielkataloges bis Mitte 2006 explizit aufgenommen wird. Damit erhält die Diagnostik und Therapie chronischer Schmerzen im Medizinstudium den gleichen Stellenwert wie die palliative Pflege (vgl. Motion Menetrey-Savary 03.3405, Problematik der Suizidbeihilfe als Unterrichtsfach an medizinischen Fakultäten). Zweifellos muss auch in der ärztlichen Weiterbildung der Behandlung und Begleitung von chronischen Schmerzpatienten Rechnung getragen werden. Es ist jedoch nicht vorgesehen, einen eidgenössischen Weiterbildungstitel zu schaffen.

Kontakt für Medienanfragen: [Professor Eli Alon](#), Tel. 043 344 99 00

Informationen zu den europaweiten Aktivitäten anlässlich der **European Week Against Pain 17 - 22 October 2005** finden Sie [hier](#).